

Beiträge zur Wedeler Stadtgeschichte



Band 1

Herausgegeben von der
Arbeitsgemeinschaft Wedeler Stadtgeschichte

„Wenn die Fabrik nicht eines schönen Tages mal in die Luft fliegt...“¹

Von der Pulverfabrik Tinsdal und den Anfängen der Industrialisierung im Wedel-Schulauer Raum

Stefan Wendt

Einleitung

Bis in das letzte Viertel des 19. Jahrhunderts gab es weder in der Stadt Wedel noch in den Ortschaften Schulau, Spitzerdorf und Rissen einen Industriebetrieb.² Erst mit dem Bau der „Pulverfabrik Tinsdal“ im Jahre 1877 erreichte die Industrialisierungswelle auch diese Region. Andere Wirtschaftszweige, wie die Zucker-, Erdöl- und Energieversorgungsbranchen, folgten zwar erst in einem gewissen zeitlichen Abstand, ließen sich aber gleichermaßen von den Standortvorteilen des Elbhochufers leiten. Inwieweit die vor über 100 Jahren getroffenen Entscheidungen bis heute nachwirken, ist ziemlich augenfällig, prägen das Kraftwerk der HEW, die Erdölraffinerie der Mobil Oil und zumindest einige Fundamente des ehemaligen Zuckerspeichers auch gegenwärtig noch die Ufer-silhouette zwischen „Wilkomm Höft“ und den Wittenbergener Leuchttürmen.

Dabei scheint es nicht nur unter wirtschaftshistorischen Aspekten interessant, den Blick einmal auf jenen ersten Industriebetrieb zu richten, kommt doch dem Tinsdaler „Etablisement“ auch noch in katastrophengeschichtlicher Hinsicht eine gewisse Bedeutung zu. Denn nur wenige Monate nach Inbetriebnahme wurde die Fabrik durch eine gewaltige Explosion zer-

stört, bei der zehn Menschen getötet und erhebliche Gebäudeschäden in den umliegenden Gemeinden angerichtet wurden. Im übertragenen Sinne erschütterte das Unglück die gesamte Provinz Schleswig-Holstein, denn einen „Betriebsunfall“ dieser Größenordnung hatte man im Land zwischen den Meeren bis dahin noch nicht erlebt. Auf politischem Terrain pflanzten sich die Druckwellen sogar bis nach Berlin fort, sollte sich der Deutsche Reichstag doch gleich mehrfach mit den Ereignissen um die Pulverfabrik Tinsdal befassen. Trotz allerhöchster Aufmerksamkeit und ungeachtet massiver Bevölkerungsproteste wurde die Fabrik jedoch umgehend wieder aufgebaut und noch bis in das Jahr 1903 betrieben, bevor die Unternehmer von sich aus auf eine weitere Produktion verzichteten. Im folgenden wird nun in doppelter Perspektive aufgezeigt, in welcher Weise der Industrialisierungsprozeß auf die Menschen der Region gewirkt hat. Dieses Vorhaben läßt sich in zwei Leitfragen konkretisieren:

- Wie war es um die (Arbeits-)Verhältnisse innerhalb dieser Fabrik bestellt?
- Wie reagierte die Bevölkerung auf ihren neuen mit offenkundig erheblichen Produktionsrisiken behafteten Nachbarn?

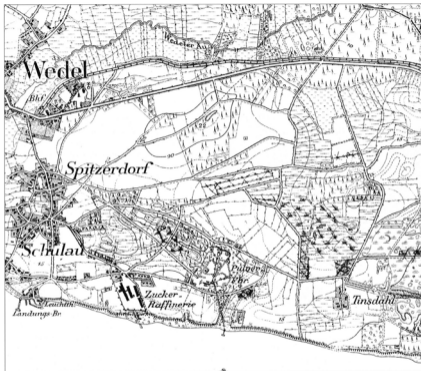
Die Unternehmer

Im Februar 1877 stellte das Hamburger Kaufmannshaus Klee & Köcher zusammen mit dem Bremer Tuchwarenfabrikanten August Heinrich Schlu den Antrag auf Bau und Betrieb einer Pulverfabrik in der „Schulauer Feldmark“.⁹ Nur gute zwei Monate später, am 4. 5. 1877, wurde dem Unternehmertrio die gewünschte Konzession erteilt. Das projektierte Fabrikgelände, in den örtlichen Flurkarten als „Sandhaber“ bezeichnet, befand sich auf Schulau-Spitzerdorfer Gemeindegebiet und reichte bis nahe an die Elbe heran. Zunächst erwarben die Unternehmer eine Fläche von ca. 3,8 ha, die sie dem einheimischen Vollhufner und Gastwirt Peter Heinson abkauften. Insbesondere verkehrstechnische Aspekte – die Nähe zum Hamburger Hafen – und naturräumliche Gegebenheiten – der landwirtschaftlich kaum ertragreiche Geestboden – sowie die relativ abgeschiedene Lage dürften die Unternehmer bei der Grundstücksauswahl geleitet haben. Die nächsten Wohnsiedlungen befanden sich gut 1 bis 1,5 Kilometer Luftlinie entfernt, lediglich die beiden Gehöfte im Rissener Ortsteil Tinsdal, nach dem die Fabrik auch ihren Namen erhielt, lagen noch näher an der künftigen Fabrik. Die Frage, warum branchenfremde, in der Explosivstoffherstellung bislang völlig unerfahrene Kaufleute ausgerechnet eine Pulverfabrikation einrichten wollten, ist mit dem Hinweis auf die guten Gewinnsaussichten sicher schlüssig zu beantworten. Vergewärtigt man sich die politisch-wirtschaftliche Situation des Deutschen Reiches zum damaligen Zeitpunkt, ist ihr kaufmännisches Kalkül leicht nachvollziehbar. Durch das Beziehungsgeflecht von weltweiter militärischer Aufrüstung einerseits und den rasanten Fortschritten in der Waffentechnologie sowie den zuneh-

mend verfeinerten Fertigungsmethoden von Schießpulver andererseits, etablierte sich in jenen Jahren ein Wirtschaftszweig, der profitable Gewinnspannen versprach. Ein ganz konkretes Vorbild hatten die Unternehmer Klee & Köcher zudem in der bei Geesthacht gelegenen Pulverfabrik Düneberg. Diese nur wenige Monate vor der Tinsdaler Fabrik als Filiale eines württembergischen Explosivstoff-Herstellers errichtete Anlage war steinernes Sinnbild einer stark expandierenden Branche.

Mit dem Aufbau der Tinsdaler Anlage wurde im Frühsommer 1877 begonnen. Als Technischer Direktor und Betriebsleiter vor Ort wirkte der dritte Teilhaber, Heinrich August Schlu⁴, der auch direkt auf dem Gelände Quartier bezog. Noch zum Herbst desselben Jahres konnte die Produktion aufgenommen werden. Doch fahrlässiger Umgang mit dem brisanten Schwarzpulver führte am 6.5.1878 zu einem folgenschweren Explosionsunglück, das die gesamte Anlage zerstörte und auch noch in der weiteren Umgebung beträchtliche Schäden anrichtete.

Die Fabrikbesitzer Klee & Köcher zeigten sich indes ziemlich unbeeindruckt von der Katastrophe, die neben neun weiteren Opfern auch das Leben ihres Teilhabers, Heinrich Schlu sen., gefordert hatte. Für die Hamburger Geschäftsleute stand eine Wiedererichtung der Anlage außer Frage. So beantragten sie bereits im Juni 1878 eine neue Baukonzession, der schon bald stattgegeben werden sollte. Die neue Anlage wich in Größe und Ausstattung nur unwesentlich von ihrem Vorgänger ab. In puncto Unternehmensform nahmen Klee & Köcher jedoch insofern eine Korrektur vor, als sie ihre Firma nun in eine Aktiengesellschaft umwandelten. Diese wurde am 23. 8. 1878 unter dem Namen „Pulverfabrik Tinsdal AG“ in das Hamburger Handelsregister eingetragen. Das Einle-



1 Der Ausschnitt dieses Meßtischblattes von 1896 zeigt nicht nur die Lage der Pulverfabrik zu den umgebenden Ortschaften, sondern vermittelt auch einen Eindruck von Ausbaustand und Infrastruktur der Anlage während ihrer wirtschaftlichen Blütezeit. Neben den einzelnen Gebäuden ist vor allem die „Pumpenanlage mit Drahtseilbetrieb“ gut zu erkennen, die das für die Produktion benötigte Wasser direkt aus der Elbe entnahm.



2 Kommerzienrat Dr.-Ing. e. h. Carl Duttenhofer (1849-1921) war als „Oberdirektor“ der Pulverfabrik Düneberg seit 1885 auch für die Tinsdaler Filiale verantwortlich.

gerkapital betrug 150.000 Mark und verteilte sich auf 30 Aktien. Im Vorstand saßen Wilhelm Klee und Heinrich Köcher als Direktoren, über weitere Anteilseigner ist nichts bekannt.

Im Frühjahr 1885, Heinrich Köcher war im September 1884 gestorben, änderten sich die Eigentumsverhältnisse dann grundlegend. Die Pulverfabrik Tinsdal AG ging durch Kauf sämtlicher Aktien in den gemeinsamen Besitz der Vereinigten Rheinisch-Westfälischen Pulverfabriken AG und der Pulverfabrik Rottweil-Hamburg AG über.⁵ Zu letztgenannter Gesellschaft gehörte auch das Düneberger Etablissement am Geesthacher Elbhochufer, als dessen Zweigstelle das Tinsdaler Werk fortan geführt wurde, wobei die Tinsdaler Aktiengesellschaft als solche bestehen blieb.⁶ Damit gehörte Tinsdal nunmehr zu einem der größten privaten Pulverhersteller im Deutschen Reich. Der württembergische Fabrikant Max Duttenhofer hatte das heimische Stammwerk in Rottweil seit den 1870er Jahren durch immer neue Ankäufe von Pulverfabriken im In- und Ausland zu einem veritablen Konzern ausgebaut. Am Ende dieses Konzentrationsprozesses sollte ein mächtiges Rüstungsimperium aus Waffen-, Munitions- und Pulverfabriken entstanden sein, an dessen Spitze der inzwischen geadelte Max von Duttenhofer in zahlreichen Aufsichtsräten die Fäden zog. Die Düneberger Fabrik wurde von Carl Duttenhofer, einem jüngeren Bruder des Konzernchefs, geleitet, der bis zur Stilllegung Tinsdals im Juni 1903 auch für diese Filiale verantwortlich war.

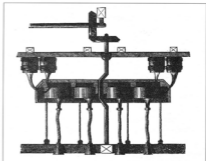
Das Produkt

Von der Entdeckung des Schwarzpulvers bis in die 1870er Jahre hinein hatte sich am Herstellungsverfahren des brennenden Stoffes prinzipiell kaum etwas

verändert. Allein durch die unterschiedliche Bearbeitung oder Dosierung der drei Grundstoffe Schwefel, Salpeter und Holzkohle ließen sich verschiedene Pulversorten gewinnen. So entschieden vor allem Mischungsverhältnis und Korngröße darüber, ob das Pulver als Treibladung in Gewehren und Geschützen oder zu Sprengzwecken für militärische oder zivile Zwecke Verwendung finden sollte.

Die Tinsdaler Anlage war von Beginn an für den Überseemarkt ausgelegt und produzierte vor allem sogenanntes „Exportpulver“, stellte in kleineren Quantitäten aber auch „Jagdpulver“ für inländische Konsumenten her. Das Exportpulver galt als ein fabrikationstechnisch anspruchsloses Produkt und stellte dementsprechend geringe Forderungen an die maschinelle Ausstattung der Fabrik und die fachliche Qualifikation des Personals. Für diese auch als „Afrikapulver“ bezeichnete Sorte formulierte ein zeitgenössischer Autor als hervorstechendstes Qualitätsmerkmal, daß „für die alten Vorderlader der Neger das wichtigste Erfordernis seiner Güte ein starker Knallereffekt [bildet]“.⁷

Wie sich die einzelnen Fabrikationsabläufe in Tinsdal von der Behandlung der Rohstoffe bis zum Endprodukt gestaltet haben, mag ein Fachartikel aus dem Jahre 1866 veranschaulichen. Zum Produktionsverfahren heißt es dort: „Das Kleinen der Bestandtheile [Holzkohle, Schwefel und Salpeter] geschieht in Tonnen, welche langsame Umdrehungen um ihre Längsachse machen. Bronzekugeln, deren Gesamtgewicht stets das der zu kleinenden Masse etwas überschreiten muß, zerschlagen und pulverisieren die einzelnen Stoffe, welche alsdann in anderen Tonnen [...] unter Beigabe von Kugeln aus hartem Holze gemengt werden [...] Die fein pulverisierte Masse wird nun angefeuchtet, theilweise um die Gefahr für die weitere



3 Im Bild eine Kormaschine aus den 1860er Jahren, die sowohl zur Formgebung als auch zum Sortieren der Pulverkörner diente.

Bearbeitung zu vermindern, theilweise um die Bildung der Pulverkuchen, aus denen alsdann die Körner gebrochen werden sollen, vorzubereiten [...] Der so gewonnene Pulverteig läuft alsdann auf einer Bahn von Segeltuch zwischen zwei schweren Walzen durch und erlangt auf diese Weise das Ansehen und die Härte des Schiefers. Diese Pulverstücke [...] kommen nun in die sogenannte Kormaschine, bestehend aus einem starken, horizontal aufgehängten Rahmen von Zimmerholz, auf welchem 10–12 hölzerne Gefäße befestigt sind. Jedes dieser Gefäße hat mehrere durchlöcherete Böden. Der oberste Boden ist aus einem feinfaserigen harten Holze oder auch von Messingblech, der zweite aus Drahtgeflecht, der dritte aus Haartuch und der letzte endlich aus festem Holze. Der ganze Rahmen wird durch eine Vertikalwelle mit Krummzapfen in schüttelnde Bewegung versetzt und dient sowohl zum ersten Körnen überhaupt, als auch zum nachmaligen Sortiren der Körner [...] Die auf dem

obersten Boden eines jeden Gefäßes befindliche Körnscheibe [der Körmaschine] zerschlägt die Pulverstücke und treibt sie durch die Löcher des Obersiebes auf das zweite oder Mittelsieb. Was auf diesem liegen bleibt, ist das Kanonenpulver; die feineren Körner fallen auf das dritte oder Staubsieb. Dort bleibt das Gewehrpulver liegen und nur der Staub fällt durch auf den Boden des Gefäßes. Aus den verschiedenen Abteilungen der Gefäße führen Schläuche in unten aufgestellte Kasten, in welchen sich dann die Pulverkörner und der Staub gesondert sammeln. Nun wird das Pulver in luftigen Sälen ausgebreitet, etwas abgetrocknet und sodann in ähnliche Tonnen oder Trommeln wie Mengetrommeln geschüttet. Durch langsames Umdrehen dieser Trommeln polieren sich die Körner selbst, indem sie sich gegenseitig abschleifen [...] Dem Poliren folgt nunmehr das letzte Trocknen in besonders geheizten Lokalen.*⁸

Bis zum Jahre 1885 dürfte sich die Tinsdaler Schießpulverherstellung – von geringfügigen Verfeinerungen vielleicht einmal abgesehen – in diesem Rahmen vollzogen haben.

Die Holzbehälter für den Pulvertransport wurden übrigens auf dem Firmengelände selbst hergestellt. Nach einem Bericht des *Pinneberger Wochenblattes* sollen 1880 bereits „40 Gesellen“ in der Kuferei gearbeitet haben⁹ – eine Angabe, die sich mit den Zahlen der amtlichen Statistik allerdings nicht in Einklang bringen läßt.¹⁰ In jedem Falle wurde die Kapazität der Faßfabrik in späteren Jahren noch so weit gesteigert, daß die Behälter nicht nur zur Aufnahme der Eigenproduktion dienten. Nach der Eingliederung in das Rottweil-Hamburger Konsortium bildete die Tinsdaler Anlage nur noch einen Baustein in einem weitverzweigten Imperium und wurde dementsprechend nicht nur als Produktionsstandort, sondern mutmaßlich auch als

Zwischenlager für Düneberger und andere Exportkontingente benutzt. In diesem Zusammenhang spielte die eben angesprochene Expansion der Faßfabrik eine Rolle.¹¹

Technische Innovationen, wie vor allem die Erfindung des rauchlosen Pulvers oder der Siegeszug von Dynamit und Nitroglyzerinpulver, stellten Tinsdal dann ab Ende der 1890er Jahre zunehmend vor größere Probleme. Reines Schwarzpulver war einfach nicht mehr konkurrenzfähig, und mit den bestehenden Fertigungsmöglichkeiten ließen sich die neuen, produktionsstechnisch aufwendigeren Pulversorten nicht mehr herstellen. Die Fabrikation umrüsten oder die Produktion einstellen – zwischen diesen Polen dürften sich die unternehmerischen Kalkulationen seinerzeit bewegt haben, die schließlich zu Ungunsten Tinsdals ausfielen und zur Schließung des Werkes führten.

Das Fabrikareal

Der fabrikeigene Grundbesitz¹², der nach dem ersten Bodenankauf im Juni 1877 knappe 3,8 ha betragen hatte, wurde in den folgenden Jahren noch um ein Vielfaches vergrößert. Insbesondere Peter Heinsohn, in dessen Besitz sich ein Großteil der potentiellen Erweiterungsflächen befand, hatte auch nach dem verheerenden Explosionsunglück von 1878 keine Bedenken, den Fabrikherrn die gewünschten Betriebsverweiterungen durch immer neue Landverkäufe zu ermöglichen. Ihn störte der gefährliche Nachbar offenkundig nicht, konnte er doch nun das einst günstig erworbene Ödland zu einem guten Preis veräußern.¹³ Im übrigen betrieb er ja auch die Gastwirtschaft „Zur schönen Elbaussicht“ (heutiges Schulauer Fährhaus), und durstige Arbeiterkehlen dürften ihm ebenfalls nicht unlieb gewesen sein. Wie sich wohl das persön-

liche Verhältnis zwischen Heinsohn, der seit 1877 auch im Schulauer Gemeinderat saß, und jenen Einwohnern, die gegen den Fabrikbetrieb opponierten¹⁴, gestaltet haben mag, ist sicher interessant, aber leider nicht aktenkundig.

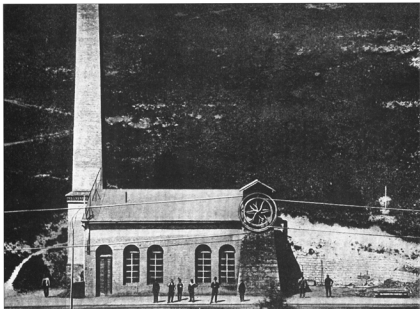
Den größten Einzelverkauf tätigte Heinsohn im Juni 1885, als er sich für 16.500 Mark von 8 1/2 ha seines Grundbesitzes trennte. Auch der Spitzerdorfer Ortsvorsteher Hieronymus Körner verkaufte im August 1883 ein Stück Land an die Pulverfabrikanten. Ende 1886 gehörten über 16 ha, im Jahre 1901 dann knapp 22 ha zum Fabrikgelände. Fünf Jahre nach Einstellung der Pulverfabrikation war der Grundbesitz der AG, die sich nun augenscheinlich auf den Immobilienhandel konzentrierte¹⁵, sogar noch auf 26 ha angewachsen, bevor sich die Gesellschafter ab 1919 sukzessive von ihren Ländereien trennten. Der Löwenanteil der Flächen wurde zwischen 1925 und 1930 veräußert. Als größter Aufkäufer betätigte sich die Elektrizitätswerke Untereibe AG, die im April 1940 per „Umwandlungsgesetz“ schließlich auch das gesamte Vermögen der Tinsdal AG übernehmen sollte.

Die Infrastruktur

Bestand die Tinsdaler Fabrikanlage ursprünglich einmal aus 14 Baulichkeiten, sollte sich die Zahl der Gebäude im Betriebszeitraum nach und nach auf schließlich 58 erhöhen¹⁶, wobei neun „Lokalitäten“ allein der Herstellung von Holzfässern und anderen Pulverbehältnissen dienen. Seine wirtschaftliche Blütezeit erlebte Tinsdal im Jahrzehnt nach 1885. Der Boom hatte unzweifelhaft mit den neuen, finanzstarken Besitzern zu tun, die technische Einrichtung und Verfahrensweisen (zunächst) den modernsten Standards anpaßten. Neben der Errichtung weiterer

Produktions- und Lagergebäude entstand so auch ein „Transportgeleisesystem“¹⁷, das die einzelnen Arbeitshäuser mit einem Schienenstrang verband und die vormalige Verwendung von Schubkarren erübrigte. Sehr markant für die Umgebung muß sich auch die Installation einer „Pumpenanlage mit Drahtseilbetrieb“¹⁸ ausgewirkt haben, wie ein Blick auf die Meßtischblätter der Preußischen Landesaufnahme (vgl. Abb. 1) verrät. Die Pumpenanlage sollte einen ausreichenden Wasservorrat für die Dampfmaschine und bestimmte Produktionsabläufe sicherstellen, den die Tiefbrunnen auf dem Fabrikgrund allein nicht mehr gewährleisten konnten. Dazu wurden Saug- und Druckleitungen verlegt, die das Elbwasser über mehrere hundert Meter ansteigendes Gelände dem Dampfkessel und den Arbeitshäusern zuführten. Eine an drei massiv gemauerten Pfeilern aufgehängte Seiltransmission übertrug die Energie dann vom Maschinenhaus auf das Pumpensystem. Auf ihrem Weg zur Pumpstation kreuzten die Drahtseile auch zwei öffentliche Feldwege. Deshalb mußten zur Verkehrssicherheit an den neuralgischen Punkten auch noch „hölzerne Schutzgerüste unter das Seil gebaut werden“.¹⁹

Das größte Sicherheitsrisiko stellte aber natürlich das Produkt selbst dar, wobei die Pulvermagazine angesichts der reinen Mengenverhältnisse den sensibelsten Bereich der Anlage markierten. Laut Konzessionsurkunde durfte zunächst nur ein Quantum von 200 Zentnern fertigen Pulvers gelagert werden, doch später modifizierte man die Genehmigung, die nunmehr eine Kapazität von 1.000 Zentnern erlaubte. Vier Pulvermagazine, die in größerer Entfernung von den Arbeitshäusern in den Elbhäng gebaut waren, nahmen die explosive Fracht bis zu ihrem Abtransport auf. Fertigprodukte und die meisten Rohstoffe wurden auch nach dem Bau der Wedel-Blankeneser Eisen-



4 Lauf „Situationsplan“ müssen die Pfeiler und Transmissionsräder der Tinsdaler Anlage baugleich mit dem „Seiltrieb“ der hier abgebildeten Rottweiler Pulverfabrik gewesen sein.

bahn im Jahre 1883 wohl hauptsächlich auf dem Wasser umgeschlagen, wobei das Pulver bis nach Afrika, Japan, China und Indien verschifft wurde. Von den Transportwegen des Pulvers profitierte auch die Wedeler Schifffergilde „Brüderliche Hülfe“, dessen Mitgliedern die brisante Ladung „einigen Verdienst“ be-

scherte.²⁰ Die in unmittelbarer Elbnähe gelagene Fabrik, die auch selbst über mindestens ein eigenes Pulverschiff verfügte, nutzte den öffentlichen Strand als Lande- und Umschlagplatz. Dort wurde das Pulver auf die Ewer verbracht, die ihre Fracht wiederum zu den im Hamburger Hafen liegenden Exportschiffen trans-

portierten. Nachdem aber im Oktober 1879 ein Pulvererwer unter großem Personen- und Sachschaden bei Harburg in die Luft geflogen war²¹, wurde Schiffen mit derartiger Beladung untersagt, den bisherigen Ankerplatz in der Köhlbrandmündung zu benutzen. Statt dessen wurden ihnen Liegeplätze nördlich der Süderelbe zwischen dem Kleinen Kattewiek und der Moorburger Weide im Köhlbrand zugewiesen. Ab 1889 durften Explosivstoffe überhaupt nicht mehr bis nach Hamburg verschifft werden, so daß die Beladung der Exportschiffe nördlich von Brunshausen in der Nähe des Kahlen Sandes und des Lügen Sandes erfolgen mußte.²²

Über den „Schiffsverkehr der Pulverfabrik“ während ihrer 26jährigen Betriebszeit existieren nur höchst unvollständige Angaben, so daß auch nur entsprechend wenig über das Transportvolumen ausgesagt werden kann. Für das Jahr 1897 sind beispielsweise 164 „eingegangene“ Schiffe (80 beladen, 84 leer) mit einer Ladung von insgesamt 19.274 „Kbm Raumgehalt“ und 164 „ausgegangene“ Schiffe (128 beladen, 36 leer) mit 19.276 „Kbm Raumgehalt“ aktenkundig.²³ Die ankommenden beladenen Schiffe brachten vermutlich Rohstoffe sowie Kohle für den Dampfmaschinenbetrieb u. ä. Materialien, während die 128 in Tinsdal bestückten Schiffe offenkundig Pulver und Pulverbehälter abtransportierten. Für das Jahr 1901 ist dann ein deutlich geringeres Frachtaufkommen zu verzeichnen, das bei der nächsten Zählung (1902) noch weiter abgenommen haben sollte: Nur noch 82 (davon 39 beladen) bzw. 81 Schiffe (davon 57 beladen) mit einer entsprechend geringeren Gesamttonnage wurden jetzt am Tinsdaler Lösch- und Ladeplatz registriert.

Auf dem Fabrikgelände selbst wohnten im Jahre 1895 sieben Familien, insgesamt 35 Personen, die auf drei

sogenannte Beamtenwohnhäuser verteilt waren.²⁴ Dabei handelte es sich wohl ausschließlich um das kaufmännische Personal sowie möglicherweise den Pulver- und den Maschinenmeister. In obiger Rechnung ist außerdem noch der Kantinenpächter berücksichtigt, der ebenfalls direkt an seiner Arbeitsstätte logierte. Einfache Arbeiter, für die es Wasch-, Eß- und Schlafgelegenheiten vor Ort gab, wohnten allerdings nicht auf dem Gelände.

So vergleichsweise gut der Einblick in den Bereich der Immobilien, so schlecht ist die Überlieferungslage in puncto Bilanzen. Unterlagen, die beispielsweise etwas über Gewinne und Verluste oder geschäftliche Beziehungen Tinsdals aussagen könnten, sind wohl nicht mehr vorhanden. Insofern lassen sich über die Rentabilität Tinsdals nur ganz vage Vermutungen anstellen, wie sie etwa aus der Entwicklung der Beschäftigtenzahlen abgeleitet werden können.

Das Fabrikpersonal

Im Herbst 1877 nahm die Fabrik ihre Produktion mit anfänglich 17 Arbeitern auf.²⁵ Dabei dürfte es sich primär um angeleitete Hilfskräfte gehandelt haben, die zunächst in 12-Stunden-Schichten arbeiteten. Nicht eingerechnet ist allerdings eine unbekannte Zahl von „Spezialisten“, die laut Pinneberger Wochenblatt ausschließlich für die Rohstoffherstellung angeworben wurden: „Um die erforderlichen Holzkohlen selbst zu fabricieren, haben sich die Erbauer der Fabrik aus dem Harz mehrere Köhler kommen lassen, die denn auch bereits in der Nähe von Garstedt, Harksheide, Winzeldorf und Appen verschiedene Kohlen-Weiler anlegen.“²⁶ Diese Herstellungsart ist dann aber später zu Gunsten einer Verkohlung auf dem Fabrikgelände aufgegeben worden. Zur Vermeidung von Selbstzün-

Schlachter, Schmiede, Kaufleute etc., die zum Teil dem Trunke sehr ergeben waren. Für bessere Arbeiter mag auch die immerhin gefährliche Pulverfabrikation nicht allzuviel Anziehungskraft gehabt haben.“²⁷ Dagegen sprach der Wedeler Bürgermeister ganz ausdrücklich von „besseren Arbeitern“, die in der Pulverfabrik „lohnende Beschäftigung“ gefunden hätten.²⁸ In Kenntnis um die Folgen des mißbräuchlichen Alkoholkonsums waren die Unternehmer laut Konzessionsurkunde ausdrücklich verpflichtet worden, stets „zuverlässige und nüchterne Leute anzustellen“. Es lag also in ihrer Verantwortlichkeit, entsprechendes Fehlverhalten am Arbeitsplatz zu ahnden und potentielle Mißgriffe bei der Personalauswahl ggf. durch Entlassungen zu korrigieren. Daß aber auch ein technischer Direktor – wie August Schlu tatsächlich später unterstellt – seinen Pflichten nicht genügen könnte, wozu explizit auch die umfassende Einweisung der Arbeiter in ihren jeweiligen „Wirkungskreis“ gehörte, schien laut Konzessionsurkunde zunächst schlichtweg undenkbar. Die Möglichkeit unzulänglich ausgeübter Aufsichtspflichten wurde nach dem schweren Explosionsunglück dann staatlicherseits insofern einkalkuliert, als nun die Information am Arbeitsplatz durch eine neue Verfahrensweise verbessert werden sollte.²⁹ Doch nicht etwa der Person des Betriebsleiters wurden jetzt in dieser Hinsicht schärfere Auflagen gemacht, sondern den Arbeitern selbst wurde die Verantwortung zugeschoben, indem der Kirchspielsvogt die Verletzung von Regeln am Arbeitsplatz fortan unter strafrechtliche Verfolgung stellte. Überall in der Fabrik prangten seit Februar 1879 Plakate, überschrieben als „Polizei-Mandat betreffend das Verhalten der Arbeiter in der Pulverfabrik bei Schulau“, auf denen jeder – sofern er diese Kunst beherrschte – im abschließenden Punkt 10 lesen konnte: „Zuwidern-

handlungen gegen die vorstehenden Vorschriften werden, wenn nicht schwerere Strafe verwirkt sein sollte, mit Geldstrafe bis zu 9 M oder verhältnismäßiger Haftstrafe geahndet.“³⁰ Seit der Zugehörigkeit Tinsdals zum Rottweil-Hamburger Konsortium wuchs der Personalbestand trotz gelegentlich kleinerer Einbrüche stetig, bis er im Jahre 1892 die Zahl 160 erreichte.³¹ Damit gehörte Tinsdal zu den größten Arbeitgebern im Kreisgebiet. Lediglich das Pinneberger Union-Eisenwerk und die Alsenische Zementfabrik in Moorrege waren stets größer gewesen. Im Jahre 1891 siedelte sich allerdings am Schulauer Elbufer in unmittelbarer Nähe der Pulverfabrik eine Zuckerraffinerie an, die bereits in ihrem Eröffnungsjahr 210 Menschen Arbeit bot.³² In Wedel, das seinen ersten und sehr viel kleineren Industriebetrieb 1884 erhielt, sah man mit leichten Neidgefühlen auf die wirtschaftliche Entwicklung in der Nachbargemeinde. So heißt es im 1888 publizierten Wedeler Verwaltungsbericht: „An Arbeitern tritt in hiesiger Stadt öfter ein Mangel ein, weil die in der Nähe liegende Pulverfabrik Tinsdal den hiesigen besseren Arbeitern ausreichend und lohnende Beschäftigung bietet.“³³ Die Löhne, die den Pulverarbeitern gezahlt wurden, lagen zwar über dem Verdienst der „gewöhnlichen Handarbeiter“, reichten aber nicht an die der Spitzenverdiener unter den Arbeitern, die Bauhandwerker, heran. Allerdings verdiente der Bauhandwerker nur im Sommer 3,50 Mark am Tag und mußte sich im Winter mit 2,40 Mark bescheiden. Ein Tinsdaler Pulverarbeiter, der keinen saisonalen Schwankungen unterworfen war, mußte für 17 Mark Wochenlohn im Jahre 1887 11 Stunden, in den Jahren 1888 bis 90 sogar 12 Stunden täglich arbeiten. Die Arbeitswoche umfaßte seit 1878 sechs Arbeitstage und ließ damit nur den Sonntag zur Regeneration. Erst ab 1891 gab es bei



6 Am Ausgangsort der Explosion vom 6.5.1878, deren Druckwelle sogar in Göttingen von der dortigen Sternwarte registriert wurde, entstand ein „30 Fuß tiefer Krater“.

gleichzeitiger Senkung der täglichen Arbeitszeit auf 10 Stunden eine Lohnerhöhung auf 18 Mark die Woche. Ein mögliches Motiv für diese Maßnahme könnte Konkurrenzdruck gewesen sein, da im Mai desselben Jahres die bereits angesprochene Zuckerfabrik von Michahelles & Co. den Betrieb aufgenommen hatte.

Dort mußten die Arbeiter von Beginn an „nur“ 10 Stunden arbeiten, die ihnen zunächst mit einem Tageslohn von 17 Mark und im darauffolgenden Jahr mit 18 Mark vergütet wurden. Außerdem durften sie mit einem weitaus weniger brisanten Produkt hantieren. Ab 1892/93 ist ein rapider Abschwung in der Tinsdaler



7 Von der Siebmühle blieben immerhin Reste des Mauerwerks und Eisenteile erhalten.

Personalentwicklung zu verzeichnen. Stärkere Schwankungen nach oben und unten, die offenbar aus der jeweiligen Auftragslage resultierten, hatte es auch in der Vergangenheit gegeben, doch seit diesem Zeitpunkt fiel die Beschäftigtenzahl kontinuierlich von 160 auf schließlich 90 Personen im Jahre 1895. Möglicher-

weise war damit bereits der Anfang vom Ende der Pulverfabrikation eingeleitet, und die verbleibende Belegschaft wurde vor allem in der „Faßfabrik“ eingesetzt. Wie genau der Alltag der Menschen „auf Tinsdal“ über die oben geschilderten Verhältnisse hinaus ausgesehen hat, läßt sich anhand der vorliegenden Quellen



8 Einheimischen und Katastrophentouristen schien vor allem unbegreiflich, daß der Schlot des Maschinenhauses das Inferno völlig unbeschadet überstanden hatte.

nicht rekonstruieren. So müssen zentrale Fragen, wie etwa die nach den konkreten Arbeitsumständen oder der sozialen Sicherung, unbeantwortet bleiben. Auch über Fluktuationsraten, das Verhältnis Arbeitgeber-Arbeitnehmer oder mögliche gewerkschaftliche Organisation und potentielle Arbeitskämpfe ist nichts be-

kannt. Der Pinneberger Landrat, seit Inkrafttreten der Sozialistengesetze zum monatlichen Rapport über Arbeitseinstellungen, Streiks und Bestrebungen der Sozialdemokratie angehalten, erwähnt in seinen diesbezüglichen Berichten (1878–1898) jedenfalls an keiner Stelle die Tinsdaler Fabrik.³⁴



9 Die Rohstofflagerhäuser für Holzkohle (li.) und Salpeter erlitten trotz ihrer abseitigen Lage Totalschaden. Glasbruch und abgedeckte Dächer meldeten Betroffene aus Uetersen, Pinneberg und zahlreichen anderen Hamburger Randgemeinden.

Die Produktionsbedingungen

In der 32 Einzelposten umfassenden Konzessionsurkunde vom Mai 1877 waren den Tinsdaler Unternehmern auch einige Sicherheitsauflagen zum Schutz der Arbeiter gemacht worden. Den laufenden Betrieb von

„genehmigungspflichtigen Anlagen“, zu denen laut Gewerbeordnung zuvorderst auch „Schieß-Pulverfabriken“ gehörten, sollte in Schleswig-Holstein seit dem 1.4.1878 ein Gewerbeamt durch turnusmäßige Visiten überwachen. Einer einzigen Person oblag es also, sämtliche Fabriken der Provinz auf Einhaltung

der behördlich vorgegebenen Sicherheitsstandards zu kontrollieren. Einen ersten Hinweis auf Wirksamkeit und Intensität dieser Inspektionen mag allein der Umstand geben, daß der zuständige Gewerberat Müller innerhalb eines Dreivierteljahres 318 Ortstermine wahrgenommen hat.³⁵ Welche Schwierigkeiten sich ganz generell damit verbanden, die Unternehmer für den „Schutz der Arbeiter vor Gefahren“, so der entsprechende Passus der Gewerbeordnung, zu sensibilisieren, ist bereits dem ersten Jahresbericht Müllers zu entnehmen. So schrieb er in seinem Rapport von 1879: „Weniger angenehm dagegen berührte, wenn ich den Maschinen meine Aufmerksamkeit zuwendete, wenn ich die Arbeitsräume auf Licht und Luft einer näheren Prüfung unterwarf, und hier und dort Mängel hervorhob, deren üble Folgen für Leben und Gesundheit der Arbeitenden bezeichnet und zugleich Vorkehrungen zur Beseitigung der Mißstände vorschlug. Nicht überall fand ich das gewünschte Entgegenkommen, und hatte dabei oft das Gefühl, daß dieser Theil meiner Thätigkeit als ein Eingriff in die persönliche Freiheit, als eine Beschränkung des Fabrikbesitzers in seinem eigenen Hause aufgefaßt werde.“³⁶

So lag der größte Schwachpunkt – an Vorschriften mangelte es schon damals nicht – sicher in einer dauerhaften Wirksamkeit der Kontroll- und Überwachungstätigkeit. Denn selbst wenn diese Revisionen penibel durchgeführt wurden und am Tag des Geschehens keinerlei Anlaß zu Beanstandungen gaben, blieben Unglücksfälle damit nicht ausgeschlossen – wie die Praxis auch immer wieder bestätigen sollte. D. h. konkret: Obwohl der Gewerberat über das Tinsdaler Unternehmen sinngemäß gleich mehrfach urteilte, „daß der [...] Betrieb ein musterhafter genannt werden darf“³⁷, kam es in der Folgezeit zu weiteren

Unglücksfällen. So explodierte am 3.3.1882 zunächst das eine und in einer Kettenreaktion dann auch noch das zweite Mengewerk des Tinsdaler Betriebes. Das Schadensausmaß hielt sich allerdings – bewährtes Sicherheitskonzept oder glückliche Umstände? – in Grenzen: Ein Arbeiter wurde verletzt, und auch die bis zu 70 m weit geschleuderten Bruchstücke richteten keinen nennenswerten Schaden an. Gewerberat Müller, von seinen Vorgesetzten zu einer Stellungnahme aufgefordert, schrieb daraufhin an das „Königliche Regierungs-Präsidium“: „Ich habe seit meinem Amtsantritt keine einzige Fabrik meines Bezirks so scharf unter Aufsicht genommen wie gerade die in Rede stehende, indem ich dieselbe in drei Jahren siebenmal genau revidiert habe [...] Veranlassung für so häufige Revisionen war aber nicht etwa die schlechte Betriebsführung der Fabrik, sondern das Bestreben zur Beruhigung der Gemüther der Einwohner durch öftere Revisionen meinerseits beizutragen, und dadurch der ununterbrochenen Agitation des Comites³⁸ gegen den Wiederaufbau der Pulverfabrik Tinsdal nach der Explosion 1878 den Boden zu entziehen.“³⁹ Aus Müllers Worten spricht also die Überzeugung, daß er nicht etwa versagt, sondern, im Gegenteil, seine Pflichten geradezu übererfüllt habe. In dieser Konsequenz weitergedacht, mußte die stattgehabte Explosion also höherem Walten zugeschrieben werden und blieb damit als das – in heutiger Diktion – sogenannte Restrisiko auch zukünftig bestehen. Daß man auch in den obersten Etagen der Aufsichtsbehörde diese Einschätzung teilte, läßt sich allein schon daraus folgern, daß die Mengewerke unverzüglich wieder aufgebaut wurden, auch wenn sie jetzt einen deutlich größeren Abstand zueinander erhielten. Wie sinnvoll sich diese Maßnahme angesichts der explosiven Produktionsbedingungen in Tinsdal aus-

wirken sollte, zeigte sich gute zwei Jahre später, als erneut eines der Mengewerke explodierte und einen Arbeiter verletzte. Bis auf das völlig zerstörte Gebäude fielen die Sachschäden wohl relativ gering aus, und auch die Explosionsursache konnte, wie schon 1882, nicht geklärt werden. Das nächste (aktenkundige) Explosionsunglück in Tinsdal ereignete sich „erst“ wieder am 25.11.1893, als ein Körn- und ein Polierwerk in die Luft flogen. Und wiederum verlief das Schadenereignis offenbar recht glimpflich, da nur das unmittelbare Fabrikgelände in Mitleidenschaft gezogen worden war und auch nur ein Arbeiter verletzt worden sein soll. Wie viele Explosionen sich möglicherweise noch bis zur Einstellung der Produktion ereignet haben, ist nicht bekannt. Aus dem Protokollbuch der Schulauer Feuerwehr geht aber noch hervor, daß es am 2.6.1896 einen Brand im „Beamten-Wohngebäude der hiesigen Pulverfabrik“ gegeben hat, dieser jedoch bereits vor Eintreffen der Schulauer Wehr von den Fabrikarbeitern selbst gelöscht werden konnte.

Die wesentliche Gefahr bei der Pulverproduktion war und blieb natürlich das Explosionsrisiko. Die Explosivstoffbranche vermeldete zwar nicht die zahlenmäßig häufigsten Unfälle, dafür aber die meisten mit tödlichem Ausgang.⁴⁰ Daneben existierten aber auch Gefährdungen, die durch die tägliche Berührung mit Rohstoffen oder Endprodukt entstanden, sich zumeist jedoch erst über einen längeren Zeitraum bemerkbar machten.⁴¹ Über das Ausmaß dieser gesundheitlichen Beeinträchtigungen in und um Tinsdal kann man allerdings nur spekulieren, da keinerlei diesbezügliche Quellen für eine Auswertung zur Verfügung stehen. Auch die Frage, inwieweit die zeitgenössischen Aufsichtsbehörden bereits fundierte oder gar wissenschaftlich abgesicherte Erkenntnisse über das alltäg-

liche Gefährdungspotential in Pulverfabriken besaßen, läßt sich an dieser Stelle nicht beantworten.

Die Bevölkerungsreaktionen

Waren die Reaktionen auf den annoncierten Bau der Pulverfabrik im März 1877 noch recht verhalten gewesen – lediglich einige Grundbesitzer aus Spitzerdorf und Schulau hatten schriftlich Bedenken erhoben⁴² –, bildete sich nach der Explosionskatastrophe vom Mai 1878 eine breite Front von Fabrikgegnern aus. Auch wenn der aktive Protest über den gesamten Zeitraum von gut 25 Jahren offenbar nur von wenigen hartnäckig verfochten wurde, leisteten doch viele zumindest moralische Unterstützung. Insbesondere der Begründer der Wedeler Optischen Werke, Johann Diedrich Möller, sowie der Rissener Ortsvorsteher Johann Hinrich Brunckhorst, Grundbesitzer in Schulau, legten bewundernswerte Energien an den Tag, um den gefährlichen Nachbarn aus der hiesigen Feldmark zu vertreiben. Bei der Diskussion um den Fortbestand der Pulverfabrik trafen zwangsläufig Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung und wirtschaftspolitische Interessen der Anliegergemeinden aufeinander. Das Dilemma – industrielles Wachstum hier, Bevölkerungsschutz dort – müssen die Kommunalpolitiker, die ja selbst allesamt im direkten Umfeld der Fabrik wohnten, natürlich ganz besonders kraß verspürt haben. Dessenungeachtet kam es in all den Jahren überwiegend zu einem Schulterschluss zwischen politischen Amtsinhabern und protestierenden Bürgern, die gemeinsam sowohl über die Ausnutzung des behördlichen Instanzenweges als auch über Anrufung der Gerichte versuchten, die Pulverfabrik aus ihrem Gesichtsfeld zu bannen.

Der Verwaltungsweg

Unmittelbar nach der Explosionskatastrophe hatten viele Einwohner zunächst einzeln begonnen, gegen einen Wiederaufbau der Fabrik zu opponieren und ihre Sachschäden bei Betreibern oder Behörden individuell anerkennen zu lassen. Doch negative Stellungnahmen aus den Ämtern und kategorische Zurückweisungen seitens der Unternehmer ließen bei den Betroffenen schon bald die Erkenntnis reifen, daß sich ihre Interessen wohl besser gemeinschaftlich durchsetzen ließen. In diesem Bewußtsein versammelten sich am 11.8.1878 Einwohner aus Schulau, Spitzdorf, Rissen, Tinsdal und Wedel, um aus ihrer Mitte ein siebenköpfiges Komitee zu wählen, das die Energien im Kampf gegen die Pulverfabrikanten bündeln sollte.⁴³ Zu den Ausgewählten gehörten: Bürgermeister Kleinwort, Stadtrat Remstedt und Johann Diederich Möller aus Wedel, Ortsvertreter J. D. Meyer und D. Biesterfeldt aus Spitzdorf sowie Schulaus Ortsvorsteher J. H. Ladiges und der dortige Grundbesitzer J. H. Duncker. Als Programm schrieb sich das Komitee zwei Ziele auf die Fahnen: Einerseits wollte man einen Wiederaufbau der Pulverfabrik verhindern und andererseits jene Schadensersatzansprüche durchsetzen, die durch das Unglück entstanden waren. Über die tatsächliche Höhe der Gebäudeschäden gingen die Schätzungen allerdings weit auseinander: Während amtliche Taxatoren Summen zwischen 20.000 und 34.000 Mark ermittelten, sprachen die Betroffenen sogar von 100.000 Mark.⁴⁴ Da das Komitee den „hiesigen und höchsten Behörden“ – also Kirchspielvogtei, Landratsamt und Schleswiger Provinzial-Regierung – nicht mehr vertraute⁴⁵, setzte es unter dem 30. 8.1878 eine Petition an „Sr. Kaiserlich Königliche Hohheit den Kronprinzen

des Deutschen Reiches“ auf. Darin bat man den Thronfolger, „diese Angelegenheit durch eine besondere Commission untersuchen zu lassen und den Wiederaufbau einer Pulverfabrik auf dem in Rede stehenden Platze zu verbieten.“⁴⁶

Als flankierende Maßnahme kaufte das Komitee eine Zeitungsseite im *Hamburgischen Correspondenten* und ließ in der Ausgabe vom 5.9.1878 unter der Überschrift „Wie die Pulverfabrik zu Schulau betrieben worden ist!“ die Zeugenverhöre von sechs Arbeitern veröffentlichen. Darin berichteten die Befragten mehrheitlich über Schlampereien und Konzessionsverletzungen in der ehemaligen Pulverfabrik. Mit dieser Pressekampagne hofften die Initiatoren, die öffentliche Meinung in ihrem Sinne beeinflussen und den Rechtfertigungsdruck auf die staatlichen Ermittlungsstellen erhöhen zu können. Doch die Behörden ließen sich weder eine Diskussion aufzwingen noch in ihrem bisherigen Standpunkt, der laut staatsanwaltschaftlicher Erkenntnisse keine „Ungehörigkeiten“ im Fabrikbetrieb erkennen mochte, beirren.⁴⁷ Folgerichtig verlautete am 26.11.1878 aus dem Schleswiger Ministerium des Innern, daß man nach Prüfung aller Umstände beschlossen habe, den Wiederaufbau der Pulverfabrik zu gestatten. Sinngemäß fiel dann auch die Berliner Antwort auf die Petition aus, die den Bittstellern ein halbes Jahr nach Einsendung zuteil wurde. Im Namen des angerufenen Kronprinzen teilte das Berliner Handels-Ministerium unter dem 26.2.1879 mit, daß man keine rechtliche Handhabe gegen den beantragten Wiederaufbau besäße und deshalb die Neuerrichtung der Fabrik laut Gesetz gestatten müsse. Das Bürgerkomitee ließ sich von dieser Entscheidung jedoch nicht entmutigen und formulierte umgehend eine neue Petition (7.3.1879), die sie nun an den „Hohen Reichstag zu Berlin“ adressierte. Bevor man

darin auf sein eigentliches Anliegen zu sprechen kam, informierten die Verfasser über das finanzielle Dilemma, das den Betroffenen durch fremdes Verschulden entstanden war: „Sämtliche Versicherungsanstalten haben es abgelehnt, Schadenersatz zu leisten und wir haben uns, eingedenk des allgemeinen Rechtsgrundsatzes ‚Wer Schaden macht, muß Schaden bessern‘, klagend an das Königl. Kreisgericht in Altona gewandt; diese Klage ist jedoch wegen ungenügender Substantiierung zurückgewiesen. Eine Beschwerde gegen diese Zurückweisung bei dem Königl. Appellationsgericht in Kiel ist ebenfalls zurückgewiesen. Wir haben dadurch erfahren, daß nach den bestehenden Rechtsvorschriften für die ehemaligen Besitzer keinerlei Verpflichtung besteht für den angerichteten Schaden verantwortlich zu sein.“⁴⁸ Um bei einem potentiellen Explosionsunglück nicht erneut um Leben und Besitz fürchten zu müssen, vertrauten die Komiteemitglieder nun auf ein Machtwort aus dem Reichstag: „In Anbetracht der großen Gefahr, die wie ein schweres Ungewitter am fernen Horizont, auf uns lastet, haben wir beschlossen dem Hohen Reichstage unsere Bitte vorzutragen und zwar: Hochderselbe wolle aus der trostlosen Lage in der wir uns schon seit dem 6. Mai v. J. befinden, uns befreien und beschließen, daß die Concession für den Betrieb der wieder erbauten Pulverfabrik auf Grund des § 51 der Reichsgewerbeordnung verweigert werde.“⁴⁹ Ein gutes Dreivierteljahr später war es dann soweit: Nachdem das Anliegen vorab in der Petitionskommission des Reichstages für diskussionswürdig befunden worden war, wurde es unter dem 20.1.1880 im Plenum behandelt.⁵⁰ Doch trotz günstig scheinender Ausgangsposition wurde das Begehren abgescmettert und die Petenten auf den formalen Instanzenweg zurückverwiesen. Als die Fabrikgegner dann unter

dem 2.2.1880 von dieser Möglichkeit Gebrauch machten, wußten sie höchstwahrscheinlich noch nicht, daß der Rissener Ortsvorsteher Brunckhorst nicht nur schon einen entsprechenden Antrag in Schleswig gestellt hatte, sondern dieser bereits abschlägig beschieden worden war! Und auch die formal letztinstanzliche Möglichkeit, eine „Rekurs-Beschwerde“ beim Berliner Staatsminister für Handel und Gewerbe, hatte Brunckhorst zu diesem Zeitpunkt bereits eingereicht – die dann im April 1880 ebenfalls negativ beschieden werden sollte. Eine (natürlich) gleichlautende Antwort wurde dann auch dem Komitee zuteil. Damit waren sämtliche Widerspruchsmöglichkeiten erschöpft, und die Fabrikgegner mußten sich wohl oder übel mit ihrem gefährlichen Nachbarn arrangieren.

Mangelnde Absprachen bei der Vorgehensweise und permanente Mißerfolge dürften dann sicher mit dazu beigetragen haben, daß die Protestallianz zum Jahresbeginn 1881 größere Risse bekam. Den konkreten Anlaß lieferte allerdings eine nach Meinung seiner Kritiker ungenügende Berichterstattung der Komiteearbeit durch dessen Vorstand.⁵¹ Die Fraktion der Kritiker ließ in diesem Zusammenhang öffentlich Listen auslegen, in denen die Unterzeichner mit ihrer Unterschrift dem Komitee die seinerzeit (1878) gegebene Vollmacht wieder entziehen konnten. In die Kontroverse mischte sich auch der Technische Direktor der Pulverfabrik ein und taktierte offenbar so geschickt, daß sich wohlmalige Fabrikgegner nun zumindest zu einer wohlwollenden Neutralität bekannten. Unter Federführung des Spitzendorfer Ortsvorstehers J. Lüchau richteten jedenfalls 60 Bürger eine Ergebniserklärung an Direktor Schmidt, in der sie sich von den jüngsten Maßnahmen des Komitees distanzieren. Wörtlich heißt es in diesem Brief: „Die Art und Weise

wie noch heute nur von einzelnen unter der Bezeichnung in den betreffenden Eingaben; ‚Einwohner der Ortschaften Wedel, Spitzerdorf, Schulau‘ unter-schrieben von dem vormals gewählten Comité: ‚anti Pulverfabrik‘ gegen das Bestehen derselben agiert wird, mißfällt uns und findet unsere Billigung nicht. Von der uns erst jetzt durch Vorlage bekannt gewordenen Petition an das Hohe Haus der Abgeordneten [...] und der bei der Königlichen Regierung in Schleswig geführten Beschwerde [...] welche beide Aktenstücke unwahre Anschuldigungen enthalten sollen, hat in uns Entrüstung hervorgerufen, und sind diese Eingaben keinen Falls als von den Einwohnern der genannten Ortschaften zu bezeichnen, welches wir durch unsere Unterschrift bekunden.“⁵² Der kritisierte Komiteevorstand geißelte daraufhin vor allem die Agitation des Direktors, so daß sich dieser wiederum zur Abfassung eines offenen Briefes im Pinneberger Wochenblatt veranlaßt sah, in dem er sich energisch gegen den Vorwurf verwahrte, „Unterschriften für das Bestehenlassen der Pulverfabrik Tinsdal AG zu sammeln.“⁵³

Allein die führenden Protestler, Johann Diedrich Möller und Johann Hinrich Brunckhorst, ließen sich von solchen Mißtönen nicht beeinträchtigen. Möller, dessen Anwesen beim 1878er Unglück nachhaltig in Mitleidsenschaft gezogen worden war, fürchtete bei weiteren Pulverexplosionen erneute Beschädigungen, zumal sein „Institut für Mikroskopie“ naturgemäß äußerst erschütterungsanfällig war. Für den „Notfall“ zog Möller sogar die Umsiedlung seines Betriebs und den Fortzug aus der Heimatstadt ins Kalkül – und sollte deshalb den Pulverfabrikanten gleich mehrfach seinen Immobilienbesitz samt Gebäudebestand zum Kauf anbieten. Gegenüber dem Berliner Handelsministerium äußerte sich Möller zu diesen Absichten einmal

mit den folgenden Worten: „Mein Gewese ist eins der allerwerthvollsten und liegt der Fabrik am nächsten; dasjenige was darauf betrieben wird, ist der Zerbrechlichkeit wegen, am allermeisten gefährdet und ist, wenn die Fabrik herkommt, dadurch am werthlosesten gemacht! Wenn ich nur mein Gewese ohne Schaden verkaufen könnte, dann würde ich gleich wegziehen aus der mir lieb gewordenen Vaterstadt, dann könnte meinewegen der ganze Erdboden unterminiert werden von Pulverfabriken, Dynamitlagern u. a. Ich würde dann mein Mandat als Comitemitglied sofort niederlegen und anderen Personen diese widerwärtige Arbeit, die mir beinahe meine Gesundheit kostet, namentlich auch wegen der Chicane, die seitens der Fabrikbesitzer gegen mich geübt wird, überlassen.“⁵⁴ Zur angesprochenen Schikane gehörte u. a., daß die Fabrikherren Möllers Verkaufsofferten ihrer tatsächlichen Motive entkleidet an die übrigen Komiteemitglieder lancierten und Möllers Engagement als „leicht käufliches Agitieren“ aus reiner Profitgier diffamierten. So wenig die Unternehmer aber augenscheinlich an Möllers Grundbesitz interessiert waren, so wenig konnten sie auch durch gezielte Indiskretionen und Rufmordkampagnen seine Integrität in der Öffentlichkeit untergraben.

Neben einigen Momenten der Resignation, aus denen die obigen Abwanderungstendenzen resultieren mögen, blieb Möller aber vor allem der unbeugsame Streiter wider die Pulverfabrik. Mit bewundernswerter Energie formulierte er Protestnoten, sobald er tatsächliche oder vermeintliche Konzessionsverletzungen im Fabrikalltag entdeckte. Die durchgängig sehr stringent formulierten Beschwerdebriefe zeigen, daß Möller ausgesprochen gut über Maschinenpark, Verfahrensweisen der Pulverherstellung sowie die gesamte Infrastruktur der Fabrik unterrichtet war.

Zu einer neuen „Großoffensive“ sahen sich Möller und seine Mitstreiter dann nach Übernahme der Fabrik durch das Rottweil-Hamburger Konsortium im Frühjahr 1885 herausgefordert, da noch vor einer öffentlichen Bekanntmachung im Amtsblatt oder gar staatlichen Genehmigung mit umfangreichen Neu- und Umbauten auf dem Fabrikgelände begonnen wurde. Auf Nachfragen um die Korrektheit einer derartigen Vorgehensweise erhielt man nur lapidare oder inhaltliche Antworten aus Schleswig – und trotz der Einwendungen von 45 Personen wurden sämtliche Erweiterungsbauten schließlich unter dem 18.11.1885 offiziell genehmigt. An permanente Mißerfolge im Kampf gegen die Pulverfabrik gewöhnt, steckte Möller jedoch nicht auf und schickte nunmehr ein 53 Seiten (!) umfassendes Beschwerdeschreiben an das Berliner Ministerium für Handel und Gewerbe. Unabhängig von Möllers Aktivitäten protestierten auch die Grundbesitzer aus Tinsdal, Claus Ladiges und „Witwe Ellerbrock“, nachhaltig gegen das Tinsdaler Erweiterungsvorhaben.

Nachdem auch diese Beschwerden wieder einmal von der höchsten Verwaltungsinstanz abgewiesen worden waren, wandten sich beide Parteien jeweils mit einer Petition an das Abgeordnetenhaus des Deutschen Reichstages. Am 22.4.1887 wurde der Möllersche Antrag in der Kommission für Petitionen debattiert und immerhin zur abschließenden Behandlung in das Abgeordnetenhaus empfohlen. Doch in der entscheidenden Plenumsitzung am 13. 5.1887 attestierten die Abgeordneten mehrheitlich die korrekte Vorgehensweise der zuständigen Aufsichtsbehörde und wiesen die Beschwerden als unbegründet zurück.⁵⁵ Damit waren die Opponenten nun zum dritten Mal in ihrem gut zehnjährigen Kampf gegen den Betrieb der Pulverfabrik unterlegen. Auch wenn es in der Folgezeit



10 Wahrscheinlich handelt es sich bei diesem erst nach der Fabrikschließung aufgenommenen Bild um eines jener Pulvermagazine, die in den Elbhag eingebettet waren.

keine weitere Petition mehr an den Reichstag geben sollte, ließen sich die Fabrikgegner jedoch nicht in ihrer Verweigerungshaltung beirren und von Protestschreiben an die Regierung abbringen. Von diesen Maßnahmen aber völlig unbeeindruckt, konnten die Pulverproduzenten noch 13 Jahre lang ungestört weiter expandieren, bevor ihnen um die Jahrhundertwende erstmals ein Erweiterungsvorhaben verweigert wurde. Ungewohnte Probleme hatten die Tinsdaler Betreiber bereits im Jahre 1899 bekommen, als ihnen aus Sicherheitsgründen die Umschlagserlaubnis am Wedeler Bahnhof entzogen wurde.⁵⁶ Auch der daraufhin beabsichtigte Bau einer fabrikeigenen Entladestelle, die im Bereich Gröner Born projektiert war, ließ sich nicht realisieren. Nach Bekanntwerden dieses Projektes hatten sich die



11 Die Straßenbezeichnung und das ehemalige „Beamtenwohnhaus“ am Wendehammer der Pulverstraße sind heute die letzten Zeugen der Tinsdaler Fabrik.

Schulauer und Wedeler Gemeindevertreter im Februar 1900 darauf verständigt, „Maßnahmen gegen die Bahngeleisanlagen zum Verladen von Pulver seitens der Pulverfabrik in hiesiger Gemeinde“ zu ergreifen.⁵⁷ Ihren offiziellen Protest begründeten sie mit den Worten: „Die Vertretung ist der Meinung, daß die Grundstücke der hiesigen Feldmark ganz bedeutend durch diese Anlage geschädigt werden. Durch diese Anlage wird auf der einen Seite der Feldmark die Pulverfabrik und auf der anderen Seite eine Pulververladestelle sein.“ Darüber hinaus argumentierte man aus diesem Kreis auch mit wirtschaftspolitischen und sicherheitstechnischen Argumenten: „Durch den Bau des [Schulauer] Hafens wird sehr darauf gerechnet die Industrie sowie die Bautätigkeit zu heben. Sollte diese Anlage jedoch gebaut werden, so wird hier weder Industrie noch sonstige der Gemeinde nutzbringende Anlagen gemacht werden. Ferner ist anzunehmen, daß dieser Transport des Pulvers durch diese geschlossene Ortschaft geführt wird, so daß auch die Sicherheit des Ortes gefährdet wird. Es wird demnach beschlossen, gegen die Anlage einer Pulververladestelle in hiesiger Gemeinde Einspruch zu erheben.“⁵⁸ Als flankierende Maßnahme zum offiziellen Protest ließen sich die Opponenten noch etwas ganz Besonderes einfallen. Unter Führung von Mairemeister Johann Hinrich Hatje und den Grundbesitzern Hieronymus Körner II und Claus Hinrich Körner ließ man im direkten Umfeld der geplanten Verladestelle ein Wohngebäude (heute Rissener Str. 91) errichten, das im Volksmund aufgrund seiner kollektiven Finanzierungsweise den Namen „Aktienhaus“ erhielt. Die Erbauer spekulierten dabei auf den in der Polizeiverordnung verfügbaren Passus, daß „gefährliche Anlagen“ nicht in unmittelbarer Nähe von Wohngebäuden erbaut werden durften.⁵⁹ Inwieweit dieser listige Husa-

renstreich allein das Tinsdaler Projekt zu Fall gebracht hat, ist allerdings nicht zweifelsfrei zu beantworten.⁶⁰ In jedem Falle wurde aber am Grönen Born keine Pulververladeestelle gebaut.

Auch geplante Erweiterungsvorhaben auf dem Fabrikgelände selbst stießen im Jahre 1900 erstmals auf ein staatliches Veto. Die Tinsdaler beabsichtigten im Frühjahr des genannten Jahres ein weiteres „Pulver-Magazin“ und ein neues „Pulver-Packhaus“ zu errichten. Für das Magazin war eine Aufnahmekapazität von 1.000 Zentnern vorgesehen, eine Menge, die das bisher erlaubte Quantum verdoppelt hätte.

„Gewohnheitsmäßig“ machten auf die öffentliche Bekanntheit des Vorhabens – von der die Unternehmer die Behörde übrigens Abstand zu nehmen baten – zahlreiche Personen und Institutionen ihre Einwände geltend. Unter den Bedenkenträgern befanden sich auch die Wedeler Polizeivertretung, die Direktion der Zuckerraffinerie Hamburg-Schulau sowie J. D. Möller und J. D. Brunckhorst. Der verfahrensgemäß vorgeschriebene mündliche „Erörterungstermin“ am 5.6.1900 führte „keine Einigung zwischen den Parteien“ herbei, da „sämtliche Einwanderheber [...] ihre Einwendungen in allen Punkten aufrecht“ erhielten.⁶¹ Die Entscheidung fiel dann am 25.10.1900 und muß aus Sicht der Fabrikgegner wie eine kleine Sensation angemutet haben. Nach 22 Jahren des erfolglosen Protestes berücksichtigte der nunmehr zuständige „Bezirksausschuß“ erstmals die vorgebrachten Einwendungen und wies den Erweiterungsantrag der Fabrikleitung zurück. Wie die Betreiber konkret darauf reagierten, ist nicht aktenkundig. Überliefert sind aber in etwa zeitgleiche Bemühungen der Düneberger Direktion um Ausweichlager in der Region, die schließlich auf dem gegenüberliegenden Eibufer bei Neuenfelde gefunden und auch konzessioniert wurden.⁶² Für

die Tinsdaler Fabrik scheint das Ende damit zumindest beschleunigt worden zu sein. Möglicherweise erwiesen sich die permanenten Bürgerproteste im Verein mit dem „neuen Kurs“ der Aufsichtsbehörde als das Zünglein an der Waage, das den Schulauer Standort nach Düneberger Kalkül nicht mehr lukrativ erscheinen ließ, zumal die wachsenden Absatzschwierigkeiten bei konventionellem Schwarzpulver über kurz oder lang nach einer strategischen Entscheidung (s. o.) verlangten.

Zum 1.7.1903 wurden die Fabrikture in Tinsdal dann tatsächlich geschlossen, und auch der im März 1906 unternommene Versuch einer erdeuten Inbetriebnahme wurde noch im selben Jahr wieder fallengelassen. Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges wurden die verwaisten Gebäude größtenteils abgerissen, die meisten Ziegel allerdings im Wedeler Siedlungsbau wieder verwendet. Lediglich ein Beamtenwohnhaus hat bis heute sämtliche Widrigkeiten der Zeit überdauert und hält auch gegenwärtig noch die Erinnerung an den ersten Industriebetrieb in der Region wach.

Der zivilrechtliche Weg

Wie bereits oben angesprochen, haben die durch die 1878er Explosion geschädigten Bürger auch versucht, ihre Ansprüche auf juristischem Wege durchzusetzen. Eine umfassende Rekonstruktion dieser Bemühungen, d. h. konkret wie viele Prozesse es tatsächlich gegeben hat und welche bzw. wie viele Personen jeweils beteiligt waren, scheint nur noch annäherungsweise möglich, da nahezu sämtliche Gerichtsunterlagen vernichtet sind.⁶³ Einzelne Stationen der sich über viele Jahre hinziehenden Verfahren können neben ihrer Erwähnung in den Prozeflisten des Reichsgerichts nur

noch sporadischen Akteneinträgen des Schleswiger Regierungs-Präsidiums und kleineren Notizen der Pinneberger Zeitung entnommen werden. Danach gab es drei Prozesse, von denen zwei jeweils bis in die letzte Instanz vor das Reichsgericht geführt wurden. Der erste, von Johann Diedrich Möller angestregte, Prozeß begann im November 1878 und lief durch zwei Instanzen. Möller konnte seine Forderung auf Schadensersatz in Höhe von 1077 Mark vor dem Kreisgericht Altona nicht durchsetzen und unterlag auch in der noch im selben Jahr anberaumten Berufungsverhandlung vor dem Kieler Appellationsgericht.⁶⁴ Der zweite Prozeß wurde vom Schulauer „Rentier Jörg Duncker“ und „fünf Genossen“ durch alle Instanzen geführt, wobei sich die Urteile in der Unter- und Mittelinstanz aus einem Kommentar⁶⁵ der reichsgerichtlichen Entscheidung schlußfolgern lassen. Danach unterstellten die Schulauer Kläger den Unternehmern Klee & Köcher Konzessionsverletzungen und fahrlässigen Betrieb, in dessen Folge die Fabrik explodiert sei und der dadurch „bewirkte Luftdruck“ wiederum ursächlich zu den Häuserbeschädigungen geführt habe, wofür sie nun materiellen Ersatz verlangten. Die Höhe des Entschädigungsanspruches wurde laut Prozeßliste auf „2100-2700 Mark“ festgesetzt. Während die Richter in Altona und Kiel die Klage jeweils abschmetterten, kassierte das Leipziger Reichsgericht in seiner Verhandlung vom 9.10.1883 diesen Urteilspruch „unter Zurückverweisung zur anderweitigen Entscheidung“ an das Kieler Oberlandesgericht. Das *Pinneberger Wochenblatt* kommentierte den höchstrichterlichen Entscheid mit den optimistischen Worten, „daß die hiesigen Einwohner dem Ausgang des Prozesses mit Ruhe entgegensehen können“.⁶⁶ Und in der Tat: Das OLG, das wohl im Frühsommer 1884 noch einmal verhandelte⁶⁷, erkannte nunmehr

auf ein schuldhaftes Verhalten der Unternehmer. Dennoch sollte immer noch kein Geld an die Geschädigten fließen, da nun wiederum die Herren Klee & Köcher Revision gegen den Kieler Spruch einlegten. So gelang es den Unternehmern zwar, das endgültige Urteil noch einmal zu verschleppen, doch in der reichsgerichtlichen Verhandlung vom 5.6.1885 wurde ihr Einspruch zurückgewiesen. Damit waren sämtliche Rechtsmittel erschöpft, und die Fabrikanten mußten zahlen.

Derselbe Klageweg wurde auch im dritten Prozeß durchlaufen, den der „Magistrat der Stadt Wedel und 114 Genossen“ in der gleichen Sache angestrengt hatten. Da die Schadensersatzforderung hier aber auf „ueber 20.000 Mark“ lautete, kann man natürlich verstehen, warum die beklagten Unternehmer keinen advokatischen Winkelzug unversucht ließen, um nicht in die Pflicht genommen zu werden. Doch spätestens mit dem Urteilsspruch im Dunckerschen Prozeß vom Juni 1885 dürfte die Position von Wilhelm Klee - Heinrich Köcher war ja im September 1884 verstorben - aussichtslos geworden sein. Und erwartungsgemäß fiel dann auch das Urteil vom Juni 1887 aus, das den Hamburger Kaufmann neun Jahre nach der Explosionskatastrophe schadenersatzpflichtig sprach. Wann jedoch und in welcher Höhe Wilhelm Klee seine Schuld beglichen hat, ist nicht aktenkundig. Laut Aussage des nachmaligen Wedeler Bürgermeisters Friedrich Eggens sollen sogar „ca. 60.000 Mark“ gezahlt worden sein.⁶⁸

Die Bilanz

Den Versuch einer Bilanz hat um die Jahrhundertwende bereits ein Zeitgenosse unternommen, wobei Pastor Thode in seiner Kirchenchronik eher ein indiffe-

rentes Urteil aussprach. Wörtlich schrieb er über Wohl und Wehe der Pulverfabrik: „In den ersten Jahren hat sie unleugbar viel zur Hebung des wirtschaftlichen Lebens beigetragen. Später aber war sie doch ein Hindernis für die Weiterentwicklung der Ortschaft.“⁶⁹ Insofern Thode damit auch das wirtschaftlich-industrielle Wachstum in der Region angesprochen hat, ist diese pauschale Feststellung sicher nicht zutreffend. Schließlich hatten sich seit Mitte der 1880er Jahre auch in Wedel die ersten Industriebetriebe angesiedelt, und in unmittelbarer Nähe der Pulverfabrik entstand ab 1890 die Zuckerraffinerie von Michahelles & Co. Für das Schulauer Elbhochufer hatten sich zudem die Betreiber einer Bleischmelze interessiert, die aber aufgrund von Einsprüchen aus der Bevölkerung nicht über das Planungsstadium hinausgekommen ist. Im Mittelpunkt einer Bilanz sollten aber ohnehin keine wirtschaftlichen Daten stehen, sondern es müßte vielmehr das Protestverhalten der Menschen gewürdigt werden. Auch wenn sich konkrete Erfolge im Kampf gegen die Pulverfabrik erst nach über 20 Jahren des Widerstandes einstellen sollten, die noch dazu vor dem Hintergrund einer gewissen Standortmüdigkeit der Unternehmer erzielt wurden, haben die Bürger durch ihre unnachgiebige Haltung doch maßgeblichen Einfluß auf die weitere industrielle Erschließung der hiesigen Elbregion genommen. Denn ihre Dauerinitiativen verhinderten letztlich, daß weder ein Dynamitlagerplatz in Schulau in Betrieb genommen wurde noch eine geplante Sprenggelatine-Fabrik am Wittenberger Elbufer entstehen konnte. Auf diese Weise traten die Protestler einer Entwicklung entgegen, die höchstwahrscheinlich ein weiteres Zentrum der Explosivstoff-Industrie, wie es sich in jenen Jahren mit den Firmen Krümmel und Düneberg rund um Geesthacht bereits etablierte, hervorgebracht hätte.

Wie selbstbewußt und protesterfahren die hiesigen Elbbewohner durch ihr jahrzehntelanges Ringen geworden waren, sollten dann auch die Betreiber der 1905 eröffneten Deutschen Vacuum Oil Company zu spüren bekommen. Kaum daß die Ö Raffinerie ihre gasförmigen Produktionsrückstände erstmals durch den Fabrikschlot gejagt hatte, hagelte es gleich massenweise „Geruchsbeschwerden“, mit denen sich sowohl die Schleswiger Beamten der Gewerbeaufsicht als auch die Unternehmer selbst konfrontiert sahen.

Anmerkungen

- 1 Das Zitat, das dem Pinneberger Wochenblatt vom 16.6.1877 entnommen ist, lautet vollständig: "Nun wenn die Fabrik nicht einen schönen Tages mal in die Luft fliegt, wird sie wohl bestehen können. Denn wenn die Zeiten auch noch so schlecht werden, so ist Pulver doch ein gesuchter Artikel, es hat ja schon mehrfach das Mehl ersetzen müssen."
- 2 Zur Abgrenzung eines gewerblichen Unternehmens von einem Industriebetrieb vgl. die entsprechenden Definitionen in Gablers Wirtschaftslexikon (1988), 12. vollst. neu-bearb. u. erw. Aufl., Bd. 3, Wiesbaden 1988, die auch hier zugrunde gelegt werden. Danach ist die in Schulau von C. P. Suden seit 1828 betriebene Zichorien-"Fabrik" als rein gewerbliches Unternehmen anzusehen.
- 3 Staatsarchiv Hamburg (StAH) 424-132 II E 22. Verfahrensgemäß mußte der Antrag über die Blankeneser Kirchspielvogtei nach Schleswig geleitet werden, wo die „Abtheilung des Innern“ der Königlichen (Provinzial-) Regierung über die Konzessionsvergabe zu entscheiden hatte.
- 4 Daß August Schlu, dessen gleichnamiger Sohn übrigens auch in der Fabrik Beschäftigung finden sollte, gleichberechtigter Partner von Klee & Köcher gewesen ist, scheint zweifelhaft, obwohl Reinhold Thode in seiner Wedeler Kirchenchronik (Claus Hinrich Reinhold Thode, Chronik der Kirchengemeinde Wedel, Wedel 1990, Nachdruck der Ausgabe o. J. (1901-1904), S. 128) dem Bremer Fabrikanten sogar eine führende Rolle in dem Unternehmertrio zugesprochen hat. Tatsache ist jedoch, daß die behördlichen Schreiben fast ausnahmslos an das Hamburger Kaufmannshaus gerichtet sind.
- 5 Im Jahre 1890 verschmolzen die beiden genannten Firmen dann zu den Vereinigten Köln-Rottweiler Pulverfabriken.
- 6 Das rechtliche Verhältnis zwischen Tinsdal AG und Mutterkonzern wird in den Quellen nur an einer einzigen Stelle thematisiert. Nach diesem Dokument vom August 1900 hatte die Tinsdal AG ihre „Fabrikbesitzung“ an die Vereinigten Köln-Rottweiler Pulverfabriken „verpachtet“, wobei anzunehmen ist, daß diese Regelung schon seit der Aktienübernahme im Jahre 1885 verbindlich war. Vgl. dazu Stadtarchiv Wedel (StAW) 320.4.
- 7 Vgl. Paul Hirschfeld, Schleswig Holsteins Gross-Industrie und Gross-Handel. Hrsg. von der Deutschen Export-Bank, Berlin 1894, S. 29.
- 8 Vgl. Schießpulver und Feuerwaffen. Illustrierte Uebersicht aller auf diesem Gebiete gemachten Erfindungen und Entdeckungen, unter vorzugsweiser Berücksichtigung der gegenwärtig bei den europäischen Heeren bestehenden Geschütze und Gewehre. Leipzig 1866, S. 7ff. Aus der größeren Zahl von Publikationen zu diesem Thema habe ich jene Beschreibung herausgesucht, die den geringsten zeitlichen Abstand zum Produktionsbeginn in Tinsdal aufweist.
- 9 Angabe aus dem Pinneberger Wochenblatt vom 11.12.1880.
- 10 Nach den statistischen „Berichten über die Lage der Industrie“, die – über das Pinneberger Landratsamt erhoben – von dort an die Provinzial-Regierung in Schleswig weitergeleitet wurden, belief sich zu diesem Zeitpunkt die Gesamtbelegschaft der Fabrik gerade einmal auf 40 Mann. Vgl. Landesarchiv Schleswig-Holstein (LAS) 309/182.
- 11 Vgl. Otto Schmidt; 50 Jahre Köln-Rottweil, Rottweil 1940, S. 29.
- 12 Die nachfolgenden Angaben zu den Immobilienkäufen sind jeweils den im Amtsgericht Pinneberg aufbewahrten Grundakten zum Grundbuch von Schulau, Bd. I, Blatt 26 entnommen.
- 13 Heinsohn hatte das fragliche Ödland im Jahre 1859, also noch in dänischer Zeit, erworben. Zwei Bedingungen waren seinerzeit allerdings an die Überlassung geknüpft worden, die den neuen Eigentümer bei Besitznahme verpflichteten, das Terrain „in gehöriger Weise innerhalb Jahresfrist“ einzufrieden und unter „Anweisung und Aufsicht der Forstbehörden forstlich zu bebauen und stets unter forstlicher Cultur“ zu halten. Doch das Areal wurde weder vollständig bepflanzt noch entsprechend eingefriedet. Gleichwohl ist die Zweckentfremdung des Geländes bzw. die Errichtung der Pulverfabrik niemals für unrechtmäßig erklärt worden. LAS 309/11656. Schreiben vom 2.10.1885.
- 14 Vgl. dazu das Kap. Die Bevölkerungsreaktionen.
- 15 Eine solche Firmenpolitik findet ihre Erklärung möglicherweise in dem einfachen Umstand, sich alle Zukunftsop-

- tionen offenzuhalten. Beispielsweise hätten die Unternehmer bei – wie auch immer gearteten – Problemen in Düneberg zumindest schon geeignete Ersatzflächen für einen Ausweichstandort erworben.
- 16 Angabe nach dem Grundbuch von Schulau, Blatt 26, Nr. 84 der Gebäudesteuerrolle (StAW).
- 17 Vgl. dazu StAH 424–132 II E 22, Dokumente vom 29.6.1886 und 20.4.1887
- 18 Ebenda, Konzessionsgesuch vom 20.3.1887.
- 19 Ebenda.
- 20 Vgl. dazu den Aufsatz von Wilhelm Schlüter; Die Wedeler Schifferglide „Brüderliche Hüfte“1850–1925. In: Jahrbuch für den Kreis Pinneberg 1990, Pinneberg 1990, S. 35–52, insbesondere S. 45.
- 21 Meldung im Pinneberger Wochenblatt vom 4.10.1879.
- 22 Der Transport von Sprengstoffen auf der Elbe wurde seit 1883 in relativ kurzen Zeitabständen immer wieder durch neue Verordnungen reglementiert.
- 23 Vgl. hier und im folgenden LAS 548 /Gückstadt 244.
- 24 Angaben nach der Berufs- und Gewerbezahlung vom 14.6.1895, StAW 118.2. Bei der nächsten Zählung dieser Art am 1.12.1900 wurden 4 Wohnhäuser mit 7 Haushaltungen und insgesamt 27 Personen angegeben. Inwieweit das vormalige „Direktoren-Wohnhaus“ über die Jahre auch zu diesem Zweck und nicht nur als Büro des Betriebsleiters benutzt wurde, läßt sich aus den Quellen nicht herauslesen.
- 25 LAS 309/180.
- 26 Pinneberger Wochenblatt vom 17.11.1877.
- 27 Vgl. Reinhold Thode, a. a. O., S.128.
- 28 Vgl. StAW, C73-1, Verwaltungsberichte der Stadt Wedel, Bericht 1885-1888. Die Aussage des Wedeler Bürgermeisters muß natürlich nicht zwangsläufig auch für die vorangegangenen Jahre zutreffend sein. Entsprechendes gilt für die Einschätzung Thodes.
- 29 Laut Abschnitt 30 der Konzessionsurkunde hatte die Betriebsleitung dafür zu sorgen, daß die „polizeilichen Vorschriften den versammelten Arbeitern von Zeit zu Zeit in Erinnerung gebracht werden, und eine jede Vernachlässigung derselben streng gerügt wird“. Vgl. StAH 424-132 II E 22.
- 30 Ebenda. Im November 1887 wurde das „Polizei-Mandat“ übrigens durch eine neu, gerinfügig erweiterte „Polizei-Verordnung“ ersetzt (LAS 309/11651).
- 31 Für die Jahre 1877–1895 ist eine amtliche Statistik verfügbar. Vgl. LAS 309/180–195.
- 32 LAS 309/193.
- 33 StAW C73-1, Verwaltungsbericht 1885-1886, Rubrik „Arbeits-, Dienst- und Verdienst-Verhältnisse“. Auch der folgende Bericht für den Zeitraum 1889–1895 spricht davon, daß die Arbeiter vor allem in den „bedeutenden industriellen Etablissements“ Schulau, der Pulver- und Zuckerfabrik, „ausreichende Beschäftigung“ finden.
- 34 Vgl. dazu LAS 309/218–225.
- 35 Vgl. dazu Amtliche Mitteilungen aus den Jahres-Berichten der mit Beaufsichtigung der Fabriken betrauten Beamten. Berlin o. J. [1880], S. 158.
- 36 Ebenda.
- Von der Wirksamkeit seiner Inspektionen in der bestehenden Form selbst nicht vollständig überzeugt, entwickelte Müller in seinem Bericht von 1882 (S. 139) eigene Gedanken und Vorstellungen, wie man etwa durch unregelmäßige und nicht angekündigte Visitationen eine effektivere Kontrolle gewährleisten könnte.
- 37 Ebenda, S. 163.
- 38 Vgl. dazu das Kap. Die Bevölkerungsreaktionen.
- 39 LAS 309/11656, Schreiben vom 13.3.1882.
- 40 Für einige Jahre wurde über diese Art von Unglücksfällen eine gesonderte Statistik geführt bzw. veröffentlicht. Vgl. dazu Hygiene der chemischen Grossindustrie. In: Handbuch der Hygiene, Bd. 8. Hrsg. von Theodor Weyl. Jena 1896. S. 633.
- 41 Aus leicht nachvollziehbaren Gründen vermieden es die Unternehmer natürlich, über derartige Erkrankungen öffentlich zu berichten. Dennoch heißt es in einem Anflug von zumindest nachträglich geäußelter Selbstkritik in einer Festschrift der Fabrik Rottweil, die 1939 anlässlich der 50jährigen Produktion des rauchlosen R.C.P.-Pulver publiziert wurde, an einer Stelle: „Vom heutigen Standpunkt erscheint die R.C.P.-Produktion sehr umständlich, kostspielig und gefährlich, wenn man bedenkt, daß auf 1.000 Kilogramm Rohstoff allein 10.000 Kilogramm Salpeter-

- säure verlorengingen, den Neckar verseuchten, Grund und Boden unterhöhlten und auch für die Gesundheit aller Beschäftigten in Form von nitrosen Gasen sehr wenig förderlich waren. Von den bis zum Zahnfleisch weggefressenen Vorderzähnen einzelner Arbeiter erzählt man sich noch heute.“
- 42 Aus dem entsprechenden Schriftgut (StAH 424-132 II E 22) geht nur hervor, daß „mehrere Eingesessene der Gemeinden Spitzdorf Schulau“ zwar Eingaben gemacht haben, diese aber aus Gründen der Terminüberschreitung nicht berücksichtigt wurden. Da die Eingaben offenkundig vernichtet sind, läßt sich nicht mehr feststellen, ob die Eingwendungen – wie später von den Betroffenen behauptet – fristgerecht bzw. formal korrekt erhoben worden waren.
- 43 Am Vortage, also dem 10.8.1878, hatte es im übrigen eine wichtige Besprechung auf dem Pinneberger Landratsamt gegeben, auf der sich die Unternehmer über ihre konkreten Pläne und Maßnahmen äußerten, aber auch die Ortsvorsteher der betroffenen Gemeinden ihre Bedenken formulieren durften.
- 44 Vgl. dazu LAS 309/11649.
- 45 Ebenda.
- 46 Ebenda.
- 47 Ebenda.
- 48 Ebenda.
- 49 Ebenda.
- 50 Vgl. dazu Stenographische Berichte über die Verhandlungen der durch die Allerhöchste Verordnung vom 15. Oktober 1879 einberufenen beiden Häuser des Landtags. Haus der Abgeordneten, 2. Bd., Berlin 1880, 41. Sitzung vom 20. Januar 1880, S. 1081.
- 51 Vgl. dazu den Artikel im Pinneberger Wochenblatt vom 15.1.1881.
- 52 LAS 309/11656, Schreiben vom 4.3.1881. Die Vermutung, daß persönliche Animositäten oder Kränkungen einen solchen Sinneswandel bei Lüchau und anderen bewirkt haben könnten, liegt nahe, läßt sich aber nicht zweifelsfrei belegen. Immerhin hatte Möller die Ortsvorsteher in einem Schreiben als „schlichte Landleute“ charakterisiert. In späteren Jahren sollte aber der Spitzdorfer Ortsvorsteher wieder auf seiten der Fabrikgegner stehen.
- 53 Pinneberger Wochenblatt vom 16.3.1881.
- 54 LAS 309/11649, Schreiben vom 8.12.1878.
- 55 Die Tinsdaler Grundbesitzer Claus Ladiges und Witwe Eilerbrock hatten sich in gleicher Sache durch die Instanzen beschwert und dann die besagte Petition an das Abgeordnetenhaus verfaßt, die aufgrund der positiven Beschlußfassung zur Möllerschen Bittschrift innerhalb der Petitionskommission mit dieser dann zusammen im Abgeordnetenhaus verhandelt wurde.
- 56 Bereits im Herbst 1898 hatte sich die Wedeler Polizeibehörde in Schleswig „um Unterlassung der Pulverentladungen auf Bahnhof Wedel“ bemüht, da „eine Ausladestelle für Sprengstoffe in zu großer Nähe von Gebäuden gefährbringend sei.“ LAS 309/11655, Schreiben vom 19.9.1898.
- 57 Sitzungsprotokolle der Gemeindevertretung Schulau Januar 1876 – März 1901, hier das Protokoll vom 10.2.1900.
- 58 Ebenda.
- 59 § 21 der Polizeiverordnung über den Verkehr mit Sprengstoffen vom 19.10.1893 legte den Sicherheitsabstand derartiger Verladestellen zu Wohngebäuden auf einen 300-Meter-Radius fest.
- 60 Thode behauptet in seiner Kirchenchronik (a. a. O., S. 132), daß der „schleunigst“ betriebene Hausbau die Konzessionierung der Ladestelle verhindert hat. Allerdings befindet sich in dem entsprechenden Aktenmaterial der Aufsichtsbehörden weder ein Hinweis auf das geplante Bauvorhaben noch der Konzessionsantrag selbst. Und aus den betreffenden Unterlagen des Katasteramtes (Pinneberg) geht hervor, daß die Aufmessung für das fragliche Grundstück des „Aktienhauses“ erst am 12.5.1902 erfolgt ist – was immer das bedeuten mag...
- 61 StAW 320.3 und 320.4.
- 62 Ebenda, 320.3.
- 63 Da den Tinsdaler Schadensersatzprozessen aus juristischer Sicht keine besondere Bedeutung beigemessen wurde, konnten sämtliche Unterlagen nach einer angemessenen Aufbewahrungsfrist ordnungsgemäß vernichtet werden. Aus den diesbezüglichen Prozeßlisten des Berliner Reichsgerichts, die im Bundesarchiv, Abteilung Potsdam, lagern, ist zu ersehen, daß die besagten Akten

- in den Jahren 1911ff. kassiert wurden.
- 64 LAS 309/11649. Durch die preußische Justizreform für die Provinz Schleswig-Holstein wurde mit Wirkung vom Oktober 1879 die Zahl der sechs Kreisgerichte, die fortan Landgerichte heißen sollten, auf drei verringert. Das Kieler Appellationsgericht wurde im Zuge dieser Maßnahmen zum Oberlandesgericht Kiel umstrukturiert.
- 65 Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen. Zehnter Bd., Leipzig 1884, S. 140–145.
- 66 Pinneberger Wochenblatt vom 13.10.1883.
- 67 Im Mai 1884 forderte das Kieler Oberlandesgericht jedenfalls die entsprechenden Akten von der Schleswiger Provinzial-Regierung an. Vgl. dazu LAS 11656, Schreiben vom 17.5.1884.
- 68 Vgl. dazu 50 Jahrfeier der Stadt Wedel in Holstein 3. Dezember 1925. Wedel o. J., hier S. 65.
- 69 Thode a. a. O., S. 133.

Bildnachweis

- 1; Landesvermessungsamt Schleswig-Holstein, Meßtischblatt 1028, Wedel, 1896
- 2; Otto Schmid; Vom braunen prismatischen Pulver zum R.C.P. Berlin 1939
- 3; Schießpulver und Feuerwaffen... Leipzig 1866
- 4; Otto Schmid; 50 Jahre Köln-Rottweil, Rottweil 1940
- 5; Staatsarchiv Hamburg 424-132 II E 22
- 6-11; Stadtarchiv Wedel